

**Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

Sitzung vom 18. November 2015

**1061. Beschluss des Regierungsrates über die Anordnung
der kantonalen Volksabstimmung vom 28. Februar 2016**

Auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die kantonale Volksabstimmung über die Vorlagen

1. Notariatsgesetz (NotG)
(Änderung vom 6. Juli 2015; Reduktion der Grundbuchgebühren)
(ABI 2015-07-24)
 2. Verwaltungsrechtspflegegesetz
(Änderung vom 17. August 2015; Straffung von Rekurs- und
Beschwerdeverfahren) (ABI 2015-08-28)
 3. Kantonale Volksinitiative «Für die öffentliche Bildung (Bildungs-
initiative)» (ABI 2013-04-26)
 4. Kantonale Volksinitiative zur Durchsetzung der minimalen Lohn- und
Arbeitsbedingungen (Lohndumping-Initiative) (ABI 2014-04-04)
- wird auf **Sonntag, den 28. Februar 2016**, angesetzt.

II. Den Stimmberechtigten werden die nachstehenden Fragen zur Be-
antwortung mit Ja oder Nein vorgelegt:

Stimmzettel 1

Stimmen Sie folgender Vorlage zu?

Notariatsgesetz (NotG)
(Änderung vom 6. Juli 2015; Reduktion der Grundbuchgebühren)

Stimmzettel 2

Stimmen Sie folgender Vorlage zu?

Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG)
(Änderung vom 17. August 2015; Straffung von Rekurs- und Beschwerde-
verfahren)

Stimmzettel 3

Stimmen Sie folgender Vorlage zu?

Kantonale Volksinitiative «Für die öffentliche Bildung (Bildungsinitia-
tive)»

Stimmzettel 4

Stimmen Sie folgender Vorlage zu?

Kantonale Volksinitiative zur Durchsetzung der minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen (Lohndumping-Initiative)

III. Die Wahlbüros übermitteln die Abstimmungsergebnisse am Abstimmungstag ab 10.00 Uhr bis spätestens 15.30 Uhr dem kantonalen Abstimmungsbüro mit der Wahl- und Abstimmungssoftware WABSTI II.

IV. Das Statistische Amt wird beauftragt, diesen Beschluss in besonderen Abzügen den Präsidentinnen und Präsidenten der Stadt- und Gemeinderäte als Vorstehende der Wahlbüros mitzuteilen.

V. Gegen diesen Beschluss kann innert fünf Tagen nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt schriftlich Einsprache beim Regierungsrat erhoben werden (§ 10 d Verwaltungsverfassungsgesetz vom 24. Mai 1959).

VI. Veröffentlichung im Amtsblatt.

VII. Mitteilung an die Geschäftsleitung des Kantonsrates, das Statistische Amt als kantonales Abstimmungsbüro sowie an die Direktion der Justiz und des Innern.



Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:

Husi